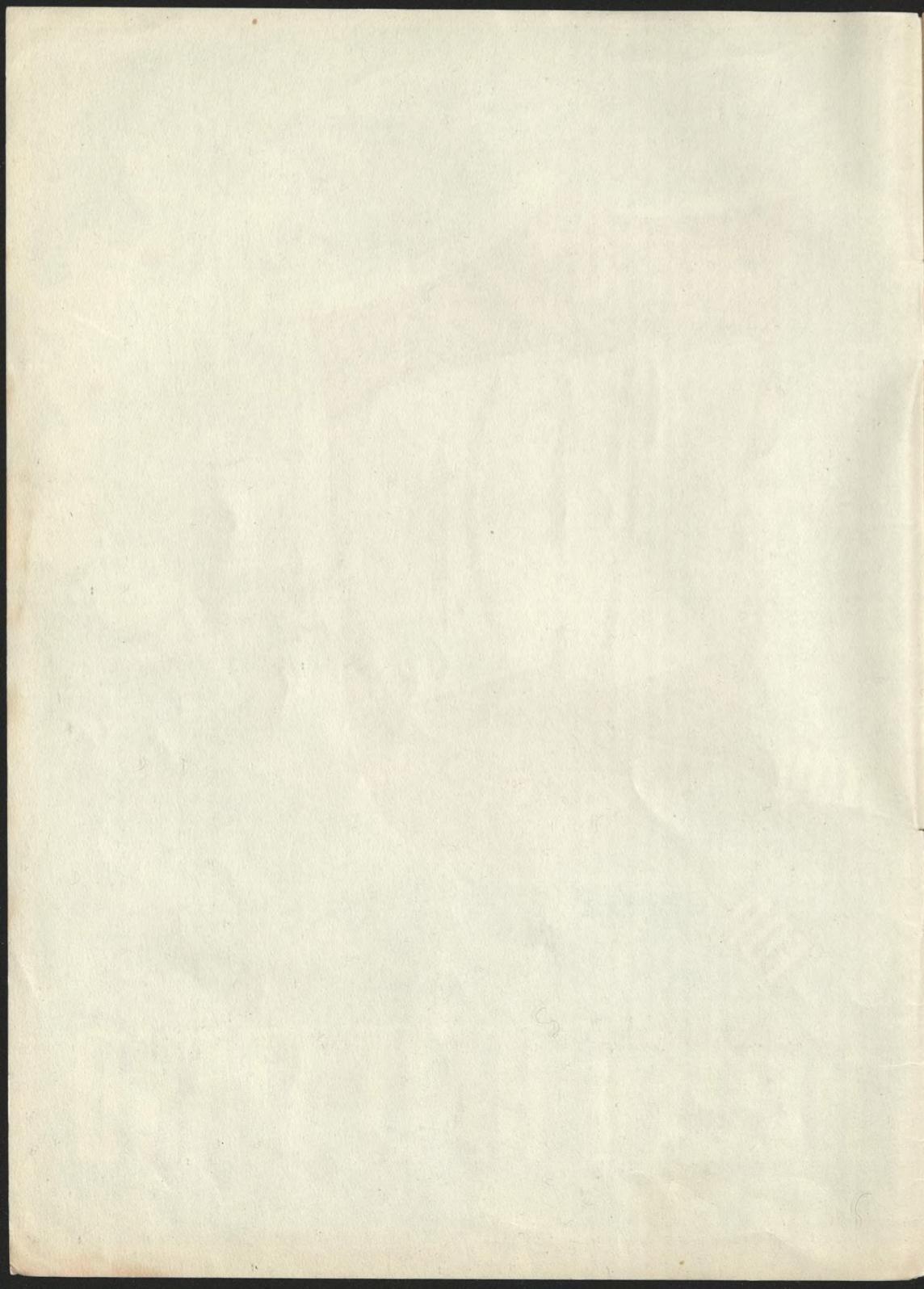




A 02 - 04130

HESSEN HÄLT STAND



HESSEN

hält stand!

DAS HERZLAND
EINES SOZIALEN
DEUTSCHLANDS

Die Arbeitsziele der SPD im neuen Landtag



A 02 - 04130

HESSEN - Herzland eines sozialen Deutschlands

„Wir suchen das schöpferische Gespräch mit der Wählerschaft“

In **freier Wahl** wird unser Zonengrenzland am 28. November einen neuen Landtag berufen.

An Rhön und Werra beginnt die **Welt der Unfreiheit**. Achtzehn Millionen deutscher Menschen schmachten drüben unter der Sowjetdiktatur. Ihren Augen soll die deutsche Demokratie nicht das Schauspiel häßlicher Entzweiung bieten. Die hessische SPD ist sich ihrer gesamtdeutschen Verpflichtung bewußt. Sie wird einen sachlichen Wahlkampf führen. **Die Aufbauleistungen der Regierung Z i n n liegen vor dem Lande ausgebreitet wie ein offenes Buch.** Sie bedürfen keiner Unterstreichung durch gehässige Argumente. Möge das Wohl des Landes für diesen Wahlentscheid maßgebend sein.

Die hohe Aufgabe: Vermenschlichung des Staates

Vor vier Jahren hat die Wählerschaft ihren Willen bekundet, daß Hessen in freiheitlichem und sozialem Geiste aufgebaut werden soll. Die aus diesem Wahlentscheid hervorgegangene Landesregierung fühlte sich allen Staatsbürgern in gleicher Weise verbunden. Ihre besondere Vorsorge galt dabei den sozial schwachen Schichten. Im Sinne des Volksauftrages vom 19. November 1950 war sie Anwalt aller schaffenden Menschen in Stadt und Land. **Ihr Bekenntnis galt einem Sozialismus der produktiven Arbeit.** Sie fühlte sich aber auch den großen geistigen und kulturellen Traditionen aller Landesteile verbunden. Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Georg August Zinn vom 10. Januar 1951 zeigte die Aufgeschlossenheit der sozialdemokratischen Landespolitik. Die Regierung Zinn hat die von früheren Koalitionsregierungen geschaffenen Grundlagen unseres demokratischen Lebens weiterentwickelt. Hessen wurde von ihr nach den Grundsätzen des modernen Rechtsstaates weiter ausgebaut. Für das Wirken der sozialdemokratischen Hessenregierung war das Wort Pestalozzis Richtschnur:

„Gegen die Verstaatlichung des Menschen,
für die Vermenschlichung des Staates.“

Statt Bürokratisierung der Wirtschaft - elastische Planung!

Die Regierung Zinn hat die von Volk und Landtag beschlossene **Sozialisierung der Grundstoffindustrien** und einiger Verkehrsbetriebe erfolgreich abgeschlossen. Jede Bürokratisierung der Wirtschaft wurde vermieden, die Verstaatlichung als Selbstzweck verneint. Ihre Bemühungen galten der **Ausweitung der heimatlichen Wirtschaft**. Der **Hessenplan** diene diesem Ziel. Mit dem Hessenplan ist der Planungsgedanke in den Dienst zielbewußter Existenzschöpfung und eines echten Strukturwandels der Gesamtwirtschaft gestellt worden. Hessen ist seither bei der Eingliederung der Heimatvertriebenen, Evakuierten und Sowjetzonenflüchtlinge führend. Darüber hinaus wurde der Hessenplan zu einem Instrument der **wirtschaftlichen Förderung der Notstandskreise**, besonders **Nordhessens** und der **Zonengrenzgebiete**. Über 15 000 gewerbliche und industrielle Betriebe sind in Hessen neu geschaffen worden.

Der nächste Schritt: Landesentwicklungsplan

Bei dieser Landtagswahl kommt es nicht allein auf die positive Wertung vergangener Leistungen an. Wir wollen vor der Zukunft bestehen. Auch in der Sicht einer friedlichen Entwicklung werden die nächsten Jahre für das deutsche Volk schicksalhaft sein. Das **Atomzeitalter** kündigt gewaltige technische, wirtschaftliche und soziale Umwälzungen an. Das deutsche Volk muß dabei mitgehen.

Der hessischen Landespolitik werden in diesem Anpassungsvorgang wichtige Funktionen zufallen. Die deutschen Länder an der Zonengrenze haben eine große Aufgabe. Sie sind die **Berührungsfläche der freien Welt** mit der totalitären Welt hinter dem Eisernen Vorhang. Hier muß **der Magnetismus einer wahrhaft sozialen Demokratie** für die Sache des Friedens und der Freiheit wirken. **Deshalb kann der Hessenplan mit dieser Landtagsperiode nicht auslaufen**. Die Sozialdemokratie befürwortet vielmehr seine **Ausweitung** in einen umfassenden **Landesentwicklungsplan**, der für einen möglichst ausgeglichenen Wohlstand aller Landesteile sorgt. Es soll in Hessen keine vergessene Armut geben.

Die Bewährungsprobe der Parteien:

Um zehn Jahre voraus denken!

Wir Sozialdemokraten streben in diesem Wahlkampf ein **fruchtbares Gespräch mit der Wählerschaft** an. Mit ihr wollen wir uns in erster Linie über die Rangordnung der kommenden Aufgaben verständigen. Niemand soll am Wahltage die Katze im Sack kaufen. Nur eine aufgeklärte Bevölkerung kann für eine fortschrittliche Regierung sorgen. Aus dieser Einsicht heraus vertritt die SPD Hessens die folgenden **Grundzüge eines Arbeitsprogramms** der nächsten Landesregierung:

1. Planvolle Ausweitung der heimischen Wirtschaftsgrundlagen

Hessen ist überwiegend Exportland. In den nächsten Jahren werden unsere Ausführindustrien einen scharfen Wettbewerb auf den europäischen und überseeischen Märkten zu bestehen haben. Von dem Ausgang dieses Ringens wird in hohem Maße unser künftiger Lebensstandard abhängen. Unser Qualitätsexport muß daher gestützt und gefördert werden. Aus diesem höheren Gesichtspunkt werden wir der hessischen Exportwirtschaft bei der Festigung und Vermehrung ihrer Arbeitsplätze behilflich sein. Der soziale Wohnungsbau wird weiterhin mit der Schaffung von Arbeitsplätzen im Einklang stehen. Ausreichende Forschungseinrichtungen sollen in enger Zusammenarbeit zwischen Landesregierung, Hochschulen und Exportwirtschaft ausgebaut werden.

2. Weitere Hebung der Arbeitsqualität und der Berufsausbildung

Industrie und Gewerbe, freie Berufe, Handel und Landwirtschaft werden in steigendem Maße gute Fachkräfte benötigen. Die Bedeutung des Angestelltenberufes und der technisch-wissenschaftlichen Leitungskräfte wächst ständig. Darum gilt es, unseren Nachwuchs an Leib und Seele gesund zu erhalten, seine schöpferischen Fähigkeiten zu voller Entfaltung zu bringen und seine Berufsausbildung zu erleichtern.

Jugendheime, Jugendherbergen, Berufsschulen, Lehrwerkstätten und Wohnheime für Jungarbeiter stellen daher zu gleichen Teilen eine soziale Verpflichtung und eine Förderung der Gesamtwirtschaft dar. Die Leistungsjahre des beinahe unersetzlichen alten Facharbeiterstammes können durch eine vorbeugende öffentliche Gesundheitsfürsorge verlängert werden. Dem Raubbau an der Gesundheit der berufstätigen Frauen und Mütter ist durch eine echte Familienfürsorge (modern eingerichtete Wohnungen, Müttererholungsheime, Kindertagesstätten) entgegenzuwirken. Damit ist ein großes Arbeitsfeld für das weitere enge Zusammenwirken von Landesregierung und Gewerkschaften, Sozialversicherung, Industrie-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern sowie von Frauen- und Jugendverbänden gegeben.

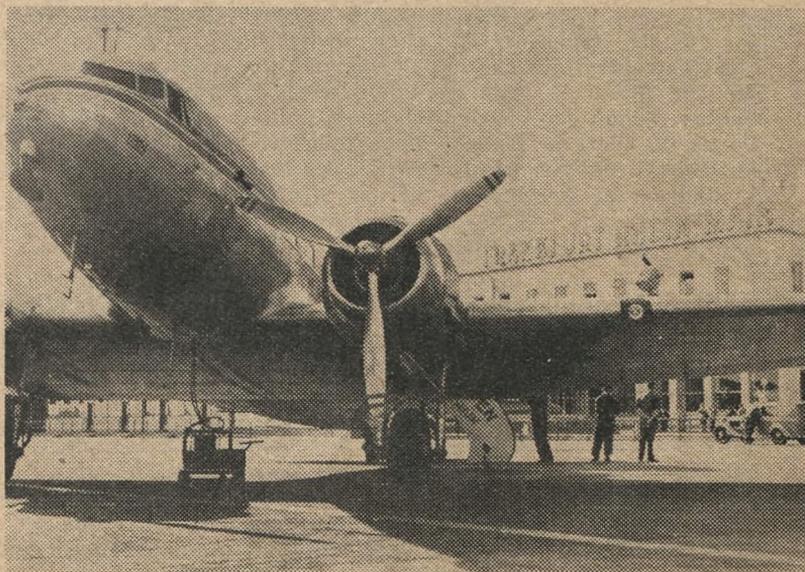
3. Verkehrsplanung auf lange Sicht

Im kommenden Jahrzehnt werden sich die Verkehrsprobleme bedrohlich zuspitzen. Die Motorisierung des Verkehrs und die Leistungsfähigkeit unseres Straßennetzes müssen miteinander in Einklang gebracht werden. Die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer, insbesondere der Schulkinder, Fußgänger und Radfahrer ruft nach planmäßigen Vorkehrungen. Der Kampf gegen Verkehrstod und Straßenlärm wird steigende Bedeutung gewinnen. Bund, Land und Selbstverwaltung stehen vor der gemeinsamen Aufgabe, nahezu ein Wunderwerk der Verkehrsplanung zu vollbringen. Auch die

Wirtschaft wird durch Schaffung von Betrieben auf dem Lande zur Entlastung des Verkehrs beitragen müssen. Unzumutbare Pendlerwege vom Arbeitsplatz müssen aus sozialen und volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten vermieden werden.

4. Auflockerung der Wohnweise, Gestaltung der Kulturlandschaft

Eine ungelenkte Binnenwanderung führt zu einer ungesunden Bevölkerungsverteilung in Stadt und Land. Schädliche Ballungen in wenigen Industriezentren gehen dabei mit einer Entvölkerung des flachen Landes Hand in Hand. Raumordnung und Landesplanung sind daher weiterhin in den Dienst einer ausgleichenden Lenkung des sozialen Wohnungsbaues zu stellen. Der Wiederaufbau der zerstörten Stadtkerne und die Auflockerung der Siedlungsverhältnisse in den industriellen Einzugsgebieten stellen eine Doppelaufgabe dar, die auf keiner Seite vernachlässigt werden darf. Es geht dabei über manche überkommenen Verwaltungsgrenzen hinaus um die bewußte Gestaltung der Kulturlandschaft des industriellen Zeitalters. Als rechtzeitige Gegenwirkung gegen eine übertriebene Verstädterung tritt die SPD ferner für die Förderung des Wohnungsbaues der Entwicklungsgemeinden in den Landkreisen ein, für die bäuerliche Abrundung verkehrsgünstiger Arbeiterwohnsitzgemeinden sowie für die Verwurzelung in den Dorfgemeinden durch allgemeine Förderung landwirtschaftlicher Kleinsiedlungen.



Auch dem hessischen „Tor zur Welt“, dem Flughafen Frankfurt a. M., galt die Fürsorge der Landesregierung

5. Wasserwirtschaftliche Maßnahmen

Als besonders dringlich sieht die SPD die Durchführung eines langfristigen wasserwirtschaftlichen Neuordnungsprogrammes an. Im Zeitraum 1949 bis 1960 wird mit einem Anwachsen des Wasserbedarfs der hessischen Bevölkerung von 180 auf 250 Millionen Kubikmeter gerechnet. Wasser ist für den Menschen genau so wichtig wie das tägliche Brot. Trinkwasserversorgung, Abwässerklärung und die Reinhaltung unserer Flüsse und Bäche werden immer mehr zu einer Aufgabe, deren Bewältigung die finanzielle Kraft der Selbstverwaltung übersteigt. Bund und Land müssen sich an der Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen unseres Volkes in angemessener Weise beteiligen. Zu diesem Aufgabenbereich gehört auch der Hochwasserschutz für die Landwirtschaft und die Sicherung des biologischen Gleichgewichtes in Wald und Flur.

6. Verstärkte soziale Aufrüstung des Dorfes

Eine gesunde Entwicklung unseres Volkes erfordert eine Erleichterung der Hausfrauenarbeit in Stadt und Land. Aus dieser Erkenntnis hat die Regierung Zinn die soziale Aufrüstung des hessischen Dorfes eingeleitet. Sie soll der so sehr überlasteten Landfrau die Arbeit erleichtern. In wenigen Jahren entstanden bereits hundert Dorfgemeinschaftshäuser, deren arbeitsparende und billige Gemeinschaftseinrichtungen (Waschmaschinen, Bäder, Mostereien, Tiefgefrieranlagen) sich einer steigenden Beliebtheit erfreuen. In vielen Landgemeinden müssen noch Dorfgemeinschaftshäuser gebaut werden. Die SPD wird weiter ein langfristiges Programm zur Modernisierung, Verschönerung und baulichen Auflockerung des hessischen Dorfes ins Werk setzen. Sie denkt dabei vor allem an die Kinder, für die das Spielen auf den Dorfstraßen lebensgefährlich geworden ist und an die Dorfjugend, die das Schwimmbad, den Sportplatz, den Jugendraum und das Lesezimmer ebenso braucht wie die Jugend der Industriegemeinden.

7. Verbilligte Landmaschinenhilfe wie in Kärnten und England

Wir sind von der Notwendigkeit überzeugt, daß die soziale Aufrüstung des Dorfes durch eine Aktion zur technischen Aufrüstung der bäuerlichen Landwirtschaft ergänzt werden muß. Dem extremen Kollektivismus des Ostens können wir an der Zonengrenze nicht durch einen extremen Liberalismus begegnen. Mit Sorge sehen wir, wie der einzelne Landwirt unter dem Zwang der Konkurrenz zu viel Kapital in seinem Maschinenpark festlegt und dadurch in die Gefahr neuer Verschuldung gerät. Ähnliche Überlegungen haben in österreichischen Bundesländern und auch in England zur Einführung einer verbilligten Landmaschinenhilfe geführt. Mit Landeshilfe soll künftig auch in Hessen ein Netz von Verleihstellen für solche Landmaschinen errichtet werden, deren Anschaffung die finanzielle Kraft

des einzelnen Landwirts übersteigt. Dadurch sollen die Erträge gesteigert und die Wettbewerbsbedingungen auch für die zahlreichen kleinen Arbeitsbauern und für die Gebirgslandwirte verbessert werden. Neben dieser Sonderhilfe wird sich die SPD für die möglichste Beschleunigung der Flurbereinigung einsetzen und dem landwirtschaftlichen Schulwesen die verdiente Sorgfalt widmen.

8. Das Schulwesen — die Sparkasse des Volkes

Der Gesamterfolg all dieser Maßnahmen wird davon abhängen, daß die noch bestehenden Engpässe in unserem Schulwesen überwunden werden können; denn die schöpferische geistige Leistung und die wissenschaftliche Pionierarbeit sind entscheidende Voraussetzungen des materiellen Wohlstandes für alle. Dieser Gedanke wird uns bevorzugt bei dem Ausbau des Hochschulwesens und der technischen und kaufmännischen Lehranstalten leiten. Unsere besondere Sorge wird aber auch weiterhin der Volks- und Berufsschule und der Lehrerbildung gelten. Wir wollen in der kommenden Arbeitsperiode die Schulraumnot auf allen Schulstufen endgültig überwinden. Gleichzeitig bekennen wir uns zu der größeren Aufgabe, die überall anerkannte Leistungsfähigkeit des hessischen Schulwesens noch weiter zu steigern. Die engste Zusammenarbeit von Schule und Elternhaus ist unser besonderes Anliegen. Die in der Hessischen Verfassung verankerte Gemeinschaftsschule muß bleiben. An der uneingeschränkten Schulgeld- und Lernmittelfreiheit darf nicht gerüttelt werden. Die Förderung begabter Kinder aus Familien mit geringem Einkommen wird weiterhin unsere besondere Aufmerksamkeit finden.

9. Modernisierung der Verwaltung, zweckmäßige Neugliederung der Länder

Durch unsere gesetzgeberische Arbeit ist der Volksstaat Hessen mit den ehemaligen preussischen Landesteilen zu einem einheitlichen Verwaltungsgebiet verschmolzen worden. Wir waren bemüht, eine leistungsfähige und unbürokratische Verwaltung zu schaffen, die den Bedürfnissen eines modernen Gemeinwesens gerecht wird. Die Stellung der Selbstverwaltung ist gestärkt worden. Die Bankenreform ermöglichte eine Zusammenfassung der finanziellen Kräfte des Landes.

Mit dem Landeswohlfahrtsverband wurde auch im Fürsorgewesen einheitliches Recht geschaffen. Es ist seine vornehmste Aufgabe, den Menschen, die auf der Schattenseite des Lebens stehen, das Dasein zu erleichtern. Auf den bisher geschaffenen Grundlagen wird das Gesundheitswesen weiter verbessert, denn auch Gebrechliche und vom Schicksal Geschlagene haben ein Anrecht darauf, menschenwürdig zu leben. Mit Hilfe von Staatsmitteln wird der Landeswohlfahrtsverband diesen Aufgaben gerecht werden.



Wir brauchen darüber hinaus die stetige Fortführung der Verwaltungsreform. Die Verwaltung darf nicht zum Selbstzweck erstarren. Die SPD bekennt sich zu der Notwendigkeit, den Organismus aller Verwaltungsstufen in immerwährendem Bemühen den Bedürfnissen der Wirtschaft und des sozialen Lebens anzupassen. Das demokratische Vermächtnis des alten hessischen Volksstaates soll unser gemeinsamer Besitz bleiben. Unseren Landesbrüdern in Rheinhessen und im Nassauischen wird bei der Neugliederung der Bundesländer das Tor zur alten freiheitlichen und sozial fortschrittlichen Hessenheimat weit offenstehen.

10. Unsere Finanzpolitik: Sparen am rechten Ort, investieren, wo es sich lohnt

Die bisherigen Leistungen der Hessenregierung fußten auf der Einführung des Schwerpunktgrundsatzes in der gesamten Finanzgebarung. Nach diesem Prinzip hat Finanzminister Dr. Troeger das übernommene Kassendefizit von 300 Millionen DM gemeistert und gleichzeitig die Leistungen für den sozialen Wohnungsbau, für Industrieförderung, Landwirtschaft und Schulwesen laufend erhöht. Von ihm stammt der Ausspruch, daß der Finanzminister der beste Freund des Steuerzahlers ist, weil beide daran interessiert sind, die Steuergelder nutzbringend für die Gemeinschaft anzulegen.

Keine Versprechungen, aber festumrissene Arbeitsziele

Alte Verpflichtungen müssen in der kommenden Landtagswahlperiode berücksichtigt und neue Aufgaben kraftvoll angepackt werden. Die **Rückführung der heimkehrwilligen Evakuierten** muß beschleunigt und die **Schandfleckbereinigung** auf allen Gebieten des Wohnungswesens systematisch fortgesetzt werden. Im Rahmen des erweiterten Landesentwicklungsplanes sollen die Aufgaben der Eingliederung der **Heimatvertriebenen, der Fliegergeschädigten** und **Sowjetzonenflüchtlinge** endgültig gelöst werden. Die **wirtschaftliche Förderung Nordhessens** und der anderen Notstandsgebiete wird noch stärker in den Vordergrund gerückt werden müssen. Als **neue Schwerpunkte** der Hessenpolitik werden hinzukommen:

- ➔ **Wirtschaftsförderung auf breitester Grundlage.**
- ➔ **Der Ausbau des gesamten Schul- und Erziehungswesens.**
- ➔ **Die Heranbildung der Jugend zu hoher fachlicher Leistung.**
- ➔ **Erleichterung für die Frau namentlich im Haushalt und in der Landwirtschaft.**
- ➔ **Die verstärkte soziale und technische Aufrüstung des Dorfes.**
- ➔ **Die Erhaltung und Förderung des Kulturgutes der vertriebenen Ostdeutschen und seiner Eigenart.**

Um Hessens Zukunft: Soziale Aufgeschlossenheit gegen „Bürgerblock“

Die Bewältigung dieser Aufgaben verlangt die Zusammenfassung aller aufbauwilligen Kräfte. Die SPD Hessens ist ein Symbol der Gemeinsamkeit freiheitlicher und sozialer Fortschrittskräfte. Sie will es wagen, die Verantwortung für das Landesschicksal erneut auf ihre Schultern zu nehmen. Die SPD Hessens ist nicht nur eine Partei der demokratischen Zuverlässigkeit und der religiösen Toleranz, sondern eine Kraft, die die Aufgabe der Erneuerung unseres politischen, geistigen und religiösen Lebens ernst nimmt.

Was die Regierung Zinn vollbracht hat, ist praktisches Christentum. Die Herren **Dr. Fay** und **Euler** haben dieser positiven Leistung nichts anderes entgegensetzen als **negative Bürgerblock-Parolen**. Hinter ihren Plänen steckt der Machthunger jener Kreise, die das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen. Hinter ihnen steht der **politische Klerikalismus**, der seine Gleichschaltungspläne auf jedes einzelne Bundesland ausdehnen will.

Darum lautet die Parole der SPD zum 28. November:

Hessen wird nicht gleichgeschaltet!

Hessen bleibt Herzland eines freiheitlichen, sozial-fortschrittlichen Deutschlands!

Eulerspiegeleien

Finanzminister Dr. Troeger stellt richtig

Es ist naheliegend, den Verdacht zu äußern, daß die hessischen Oppositionsparteien zu dem Mittel der Irreführung, ja der Tatsachenverdrehung greifen, weil sie keine Möglichkeit sehen, die Politik der hessischen Regierungspartei sachlich anzugreifen. In aufschlußreicher Weise bestätigte diesen Verdacht ein einer Oppositionspartei angehöriger Journalist mit einer Äußerung gegenüber dem Ministerpräsidenten Dr. Zinn. Dieser Journalist meinte nämlich, gerade weil es kaum möglich sei, die hessische Regierung mit durchschlagenden sachlichen Argumenten anzugreifen, werde der Wahlkampf sehr gehässig werden. Dies also scheint die Marschroute der vom Volksmund „Euler-Fay-GmbH“ genannten Wahlverbindung CDU-FDP zu sein, die angetreten ist, die Ministersessel in Wiesbaden zu erobern.

Kostproben davon liefern seit Monaten insbesondere die Redner der FDP, allen voran Herr August Martin Euler und sein Bonner Parteifreund Viktor Emanuel Preusker. Mit ebenso verwirrenden wie falschen Zahlenspielen suchen sie die augenfälligen Leistungen der Regierung

HESSEN HÄLT STAND

Gegen

- Gleichschaltung
- Unduldsamkeit
- Bürokratie

Für

- Aufbau und Fortschritt
- religiöse Toleranz
- sparsame Verwaltung

HESSEN WÄHLT

